

**DRINGLICHE INTERPELLATION** von Sibylle Marti (SP, Zürich), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Tobias Mani (EVP, Wädenswil) und Judith Stofer (AL, Dübendorf)

betreffend Unterstützung für Betroffene von illegalen Adoptionen bei Wurzelsuche

---

Wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) zeigt, ist das Ausmass der illegalen Adoptionen der vergangenen Jahrzehnte weitaus grösser als bisher bekannt. So wurden nicht nur bei Adoptionen aus Sri Lanka, sondern auch aus zahlreichen anderen Herkunftsländern, namentlich Bangladesch, Brasilien, Chile, Guatemala, Indien, Kolumbien, Korea, Libanon, Peru und Rumänien, Hinweise auf illegale Praktiken, Kinderhandel, gefälschte Dokumente und fehlende Herkunftsangaben gefunden. Vermutlich sind tausende Kinder betroffen.

Adoptierte Personen haben das Recht zu erfahren, ob ihre Adoption illegal war und in welcher Form die Behörden ihre Aufsichts- und Schutzpflicht vernachlässigt haben. Es ist deshalb dringend notwendig, betroffene Personen umfassend bei der Aufarbeitung zu unterstützen. Zuständig für das Adoptionswesen sind die kantonalen Zentralstellen, im Kanton Zürich die Zentralbehörde Adoption im Amt für Jugend und Berufsberatung der Bildungsdirektion. Gemäss der Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Kantonen sind diese Zentralstellen bei (unrechtmässigen) Adoptionen in der Pflicht, Betroffene zu beraten und diese bei der Wurzelsuche zu unterstützen. Angesichts der neuen Erkenntnisse aus der Studie der ZHAW ist zu erwarten, dass dieser Beratungs- und Unterstützungsbedarf im Kanton Zürich ansteigen wird und dafür entsprechende Ressourcen vorhanden sein müssen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die dringliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Massnahmen hat die Zentralbehörde Adoption getroffen, um Betroffene von (illegalen) Adoptionen bei der Wurzelsuche aktiv zu beraten und umfassend zu unterstützen? Wie macht der Kanton dieses Angebot für Adoptierte breit bekannt? Wie stellt der Kanton sicher, dass die dafür notwendigen Ressourcen vorhanden sind?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die Forderungen von Betroffenenorganisationen und die von der KKJPD erarbeiteten Empfehlungen, insbesondere die kostenfreie Ausgestaltung der Herkunftssuche für alle betroffenen Personen sowie die Begleitung und Betreuung von adoptierten Personen im Prozess der Herkunftssuche durch spezifisch geschulte und qualifizierte Personen, zu erfüllen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Praxis der (illegalen) Adoptionen im Kanton Zürich umfassend wissenschaftlich aufzuarbeiten und dazu die bereits angefangene historisch-kritische Studie, welche die Kantone Zürich und Thurgau gemeinsam durchführen, bedeutend zu erweitern, dies insbesondere im Hinblick auf die Liste der zu untersuchenden Länder und den Einbezug der (heutigen) kantonalen Praxis als Teil der Untersuchung?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Interpellation ist dringlich, weil die Betroffenen so rasch wie möglich Anspruch auf aktive Beratung und umfassende Unterstützung bei der Wurzelsuche haben.

Sibylle Marti  
Silvia Rigoni  
Tobias Mani  
Judith Stofer

M. Abou Shoak  
I. Bartal  
H. Brandenberger  
U. Dietschi  
S. Feldmann  
H. Göldi  
D. Heierli  
R. Kappeler  
T. Langenegger  
P. Lötscher  
S. Matter  
G. Petri  
Q. Sadriu-Hoxha  
N. Siegrist  
B. Tognella-Geertsen  
N. Wyss

P. Ackermann  
M. Bärtschiger  
J. Büsser  
M. Dünki-Bättig  
C. Fischbach  
R. Grünenfelder  
F. Hoesch  
A. Katumba  
L. Letnansky  
T. Mani  
F. Meier  
J. Pokerschnig  
M. Sahli  
D. Sommer  
B. Walder

T. Agosti Monn  
P. Bernet  
L. Columberg  
J. Erni  
T. Forrer  
E. Häusler  
R. Joss  
L. Knüsel  
S. L'Orange Seigo  
S. Marti  
B. Monhart  
S. Rigoni  
T. Schweizer  
J. Stofer  
M. Wicki

M. Bänninger  
B. Bloch  
A. Daurù  
K. Fehr Thoma  
D. Galeuchet  
F. Heer  
S. Jüttner  
B. Krähenmann  
D. Loss  
C. Marty Fässler  
R. Mörgeli  
B. Röösl  
D. Scognamiglio  
B. Stüssi  
W. Willi